

en eine offizielle Genehmigung von der zuständigen Provinzbehörde. Sie müssen sich außerdem bei einem Organ für öffentliche Sicherheit und der zuständigen Verwaltung für Industrie und Handel registrieren lassen. Ohne offizielle Genehmigung und Registrierung ist es nicht erlaubt, Zeitungen, Periodika und Bücher zu drucken und Audio- und Videomaterial sowie elektronische Publikationen herzustellen (Art.31). Keine Druckerei darf von Einheiten, die keine Verlage sind, oder von Einzelpersonen Druckaufträge für die genannten Publikationsarten annehmen (Art.32). Druckaufträge aus dem Ausland können mit offizieller Genehmigung angenommen werden; das Endprodukt muß allerdings vollständig ins Ausland gehen und darf nicht innerhalb Chinas vertrieben werden. Der Inhalt von Auslandsaufträgen bedarf der Genehmigung der Provinzbehörden. Außerdem muß der Nachweis erbracht werden, daß der Auftraggeber das Copyright besitzt (Art.33). Auch die Vertriebsorganisationen (sowohl für den Groß- als auch für den Einzelhandel) benötigen eine offizielle Genehmigung. Ein Verlag kann seine eigenen, jedoch keine fremden Publikationen vertreiben.

Druckereien und Vertriebsorganisationen dürfen unter folgenden Bedingungen nicht drucken bzw. vertreiben (Art.38):

1. wenn die Publikationen Inhalte haben, die durch Art. 25 und 26 verboten sind;
2. wenn sie illegal eingeführt wurden;
3. wenn die Publikationen einen falschen Verlags- oder Zeitungs/Zeitschriftennamen benutzt haben;
4. wenn die Publikationen keinen Verlagsnamen angeben;
5. Schulbücher, die nicht legal geprüft wurden;
6. wenn die Publikationen das Copyright anderer verletzen.

In Kap. 5 wird dargelegt, daß der Staat das Verlagswesen fördert und schützt und insbesondere folgende Publikationen unterstützt (Art.40):

1. Publikationen, die eine große Rolle für die Verbreitung der in der Verfassung festgelegten Grundprinzipien spielen;
2. die zu Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus erziehen und die Sozialethik, Berufsethik und Familienugenden verbreiten;
3. die wichtige Beiträge zur Entfaltung der hervorragenden nationalen Kultur leisten und über neue wissen-

schaftliche und kulturelle Errungenschaften des In- und Auslands berichten;

4. die ideologischen, wissenschaftlichen, kulturellen oder künstlerischen Wert haben.

Der Staat unterstützt besonders Lehrbücher und wissenschaftliche Bücher, außerdem Literatur in Minderheitensprachen (Art.41).

Kap. 6 behandelt die rechtliche Verantwortung und führt die Strafen im Falle von Verstößen gegen diese Bestimmungen auf. Werden Publikationen ohne offizielle Genehmigung herausgebracht oder verstoßen sie gegen eine der Vorschriften, werden die betr. Publikationen und das mit ihnen erzielte Einkommen konfisziert, und es drohen Geldstrafen vom Doppelten bis zum Zehnfachen des illegal erzielten Einkommens. In bestimmten Fällen muß das Unternehmen schließen.

Kap. 7 enthält Zusatzbestimmungen, z.B. daß die Staatliche Publikationsbehörde besondere Bestimmungen bezüglich elektronischer Veröffentlichungen und des Im- und Exports von Publikationen erlassen wird. Die Vorschriften treten am 1. Februar 1997 in Kraft.

Die Vorschriften lassen deutlich das Bemühen erkennen, die staatliche Kontrolle über das gesamte Publikationswesen möglichst lückenlos und dicht sicherzustellen. Es soll nichts publiziert werden, was nicht durch offizielle Stellen genehmigt worden ist. Auf diese Weise hofft die Partei, Herausforderungen für ihr Machtmonopol, die insbesondere im Publikationsbereich drohen könnten, auszuschließen. Freilich gibt es immer wieder Schlupflöcher; abgesehen davon, daß auf lokaler Ebene häufig Publikationen erscheinen können, die von der Zentrale nicht gebilligt würden, kommt es immer wieder vor, daß unter falschem Namen oder mit gekauften Buchnummern und ähnlichen Praktiken gearbeitet wird. Vor allem mit pornographischer Literatur scheinen sich lukrative Geschäfte machen zu lassen. Die Behörden legen allerdings den Pornographiebegriff sehr eng aus. Ein größeres Problem ist, daß es keine Normen dafür gibt, was Staatsgeheimnisse sind oder wann die Interessen des Staates und der Gesellschaft verletzt werden. In diesem Bereich ist staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet. Das sog. Recht auf "Publikations- und Pressefreiheit", die immer mit dem Zusatz "gemäß den Gesetzen" versehen ist, beinhaltet daher keine substantielle Freiheit, sondern ist reiner Formalismus. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(20)

### "Multinationale Unternehmen überschätzten kurzfristige Gewinnchancen in China

In ihrer Untersuchung zum Engagement multinationaler Unternehmen (MU) in China kommt die Economist Intelligence Unit (EIU) zu dem Schluß, daß die meisten MUs das kurzfristige Potential des chinesischen Marktes überschätzt haben. Engpässe ergeben sich der EIU zufolge vor allem beim Personal, unabhängig von der Branche, in der ausländische Investoren aktiv sind.

Die EIU-Untersuchung basiert auf Befragungen von 22 MUs zu allen relevanten Bereichen, von der Entlohnung der Arbeitskräfte bis zur Einschätzung des Marktes. Ziel der Untersuchung war die Darstellung der Erfahrungen von MUs mit Investitionen in China in neun Sektoren und in 50 Einzelunternehmen.

Von den befragten Unternehmen gaben 56% zu, daß sie die Größe des Marktes überschätzt hätten. Diese Überschätzung sei auch eine Folge der überaus positiven Darstellung der Wirtschaftsentwicklung Chinas in den Medien gewesen. Jeweils 22% der Unternehmen gehen davon aus, daß sie den Markt unterschätzt bzw. richtig eingeschätzt hätten.

Obwohl die meisten der untersuchten Unternehmen bereits ihre Aufbauphase abgeschlossen hätten, blieben die Unternehmen weiterhin abhängig von ausländischem Fachpersonal. Das Verhältnis von ausländischem Fachpersonal zu inländischen Managern liege noch bei 1 : 2,4.

Die größten Probleme mit ihrem Engagement nannten MUs, die in der Automobilindustrie und im Bereich des Ingenieurwesens vertreten sind. Alle drei befragten Unternehmen bestätigten, daß sie die Marktgröße überschätzt hätten. Bei den Pkws hätte die Entwicklung des Marktes für Limousinen enttäuscht und bei den Pharmazeutika wäre die Nachfrage weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nur die im Konsumgütersektor engagierten Unternehmen waren mit ihrem

Engagement zufrieden. Dieser Sektor war von der Politik des knappen Geldes unberührt geblieben und ist nach den Standards vieler Entwicklungsländer auch relativ ungeschützt.

Die EIU geht in ihrem 220-Seiten-Bericht ausführlich auf die besonderen Charakteristiken ein, die mit der Überschätzung des Marktes zusammenhängen sowie auf notwendige Konsequenzen für die Strategie der MUs in China. Insgesamt sieht die EIU jedoch nicht, daß die Unternehmen ihr Engagement in China in Frage stellen. Die MUs seien nach wie vor optimistisch hinsichtlich ihrer Chancen auf dem chinesischen Markt. Nur für den Fall, daß sich die Rahmenbedingungen wesentlich verschlechterten, würde an eine Infragestellung ihres Engagements in China gedacht. (SCMP, 7.1.97)

Ende 1996 haben nach Angaben des MOFTEC (Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation) rd. 140.000 teilweise oder gänzlich mit Auslandskapital finanzierte Unternehmen ihre Geschäftsaktivitäten aufgenommen. Das kumulierte Volumen der Auslandsinvestitionen wird mit 177,5 Mrd. US\$ angegeben. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Unternehmen mit Auslandskapital beläuft sich inzwischen auf 17 Millionen Arbeitskräfte. Vertraglich vereinbart wurden bis Ende 1996 kumuliert 284.000 Projekte mit einem geplanten Investitionsvolumen von 467,2 Mrd. US\$.

Im letzten Jahr belief sich das Investitionsvolumen der realisierten Projekte auf 42,6 Mrd. US\$ (+13,6%); allerdings ging die Zahl der vereinbarten Projekte zurück. (Xinhua News Agency, in English, 17.1.97, nach SWB, 22.1.97) -schü-

\*(21)

#### **Shenzhens Funktion als SWZ soll unverändert bleiben**

Auch nach der Rückkehr Hongkongs zum chinesischen Staatsverband wird Shenzhen den Status einer Sonderwirtschaftszone behalten und nicht zu einem Freihafen ausgebaut werden. Shenzhen soll weiterhin dem chinesischen Binnenmarkt dienen und nicht von diesem abgekoppelt werden. (China Daily Business Weekly nach SZ, 28.1.97)

Bereits im September 1996 hatte Jiang Zemin in einer Grundsatzrede angekündigt, daß Shenzhen nicht mit Hongkong

verwaltungsmäßig verbunden wird. Während eines Aufenthaltes in Shenzhen im Dezember 1996 bestätigte Jiang Zemin nochmals die traditionelle Rolle Shenzhens als "Fenster" für die außenwirtschaftlichen Reformen und als "Experimentierfeld" für die Veränderung des Wirtschaftssystems. Shenzhen bleibe der Transmissionsriemen, über den Reform und Entwicklung in die übrigen Gebiete Chinas weitergeleitet würden. Weiterhin wies Jiang Zemin auf eine neue Rolle Shenzhens in der Übergangsphase Hongkongs nach 1997 hin. Die SWZ soll mit ihrer Brückenfunktion dazu beitragen, den Übergang Hongkongs zu erleichtern sowie Wohlstand und Stabilität in Hongkong aufrechtzuerhalten. ("Shenzhen revisited", in: *China News Analysis*, No. 1552, 1996)

Dem Ziel der wirtschaftlichen Integration dient der forcierte Ausbau der Infrastruktur im Transportsektor, insbesondere des Hafens und Flughafens, der Einrichtungen für die Zollabfertigung sowie der Autobahnen. (SWB FE/D2584/CNS 12.4.96) Neben dem Ausbau der Infrastruktur ist die Reform des Bankensektors Shenzhens von zentraler Bedeutung, da Shenzhen sich am Finanzsektor Hongkongs ausrichten soll. Im Zentrum steht die Förderung von Geschäftsbanken und hier insbesondere von nichtstaatlichen Banken sowie die technische Aufrüstung der Banken mit moderner Bankenelektronik.

Auch Ministerpräsident Li Peng bekräftigte auf einer Tagung des Staatsrats zu den Sonderwirtschaftszonen im April 1996, daß die Politik gegenüber Shenzhen grundsätzlich unverändert bleibe und lediglich gewisse Anpassungen erfolgen würden. Diese Anpassungen seien auch aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Stärke der SWZ möglich. Beispielsweise entfielen zu Beginn 1996 Steuererleichterungen bei Importen. Hinsichtlich neuer Reformen wie z.B. für Staatsunternehmen, in der Hafenadministration, Wohnungsbaureform, bei der Reform der Sozialversicherung, etc. soll Shenzhen nach wie vor ein Vorreiter bleiben. (Xinhua News Agency, domestic service, Beijing, in Chinese, 4.4.96, nach SWB, 9.4.96)

Obwohl Shenzhen auch 1996 ein hohes Volumen ausländischer Investitionen anziehen konnte (AWSJ, 14.1.97) sieht sich die SWZ mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. In den letzten Jah-

ren sind die Produktionskosten in der SWZ enorm gestiegen, so daß für ausländische Unternehmen Shenzhen nicht mehr auf der Prioritätenskala an erster Stelle steht. Hohe Kosten schließen insbesondere die Elektrizitäts- und Wassergebühren, Löhne und Immobilienpreise ein, die weitaus höher als in anderen Küstenregionen sind. Als Folge dieser Entwicklung haben bereits eine Reihe von arbeitsintensiven Unternehmen ihre Produktion aus der SWZ in andere Gebiete verlagert.

Mit steigenden Kosten in Shenzhen wird die Veränderung der Wirtschaftsstruktur der SWZ erforderlich. Ziel der Strukturveränderung ist die Ansiedlung von High-Tech-Industrien. Bis zum Jahre 2000 sollen diese Industriezweige mit 45% zur lokalen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Planungen zufolge soll der Anteil der High-Tech-Produkte am gesamten Outputwert der Industrie auf rd. 30% gesteigert werden.

Shenzhens Außenwirtschaftliche Entwicklung verlief im Jahre 1995 wie folgt:

#### *Außenhandelsentwicklung:*

Im Jahre 1995 betrug das Außenhandelsvolumen der SWZ 38,2 Mrd. US\$, ein Anstieg um 12,77% gegenüber 1994. Das Exportvolumen belief sich im Jahr 1995 auf 20,8 Mrd. US\$ und lag damit 13,9% höher als 1994. Bei einer Gegenüberstellung von Exporten und Bruttoinlandsprodukt von Shenzhen ergibt sich für 1995 eine Relation von 218%; zum gesamten Exportvolumen der Provinz Guangdong trug Shenzhen 1995 mit 38% bei.

Von den Exporten Shenzhens entfielen 1995 2,6 Mrd. bzw. 12% auf den Generalhandel, die Weiterverarbeitung von importierten Materialien und sonstige Lohnveredlungsarbeiten machte 7,4 Mrd. US\$ bzw. 36% der Gesamtexporte aus. Unternehmen mit Auslandskapital (Joint Venture-Unternehmen, 100%ige Töchter, etc.) trugen mit 10,8 Mrd. US\$ bzw. mit 52% zum Exportvolumen der SWZ bei.

Die wirtschaftliche Verflechtung mit Hongkong wird anhand des Anteils von 91,9% an den Shenzhener Exporten deutlich. Auch bei den Importen dominiert Hongkong mit 77% als der wichtigste Lieferant; aus Taiwan kamen 19,5% der Exporte.

### Zustrom von Auslandskapital im Jahre 1995:

1995 wurden 1.633 Investitionsprojekte mit einem vertraglich vereinbarten Volumen von Direktinvestitionen in Höhe von 3,463 Mrd. US\$ vereinbart, ein Anstieg um 22,3% gegenüber 1994. Hiervon belief sich das Volumen der realisierten Investitionen auf 1,310 Mrd. US\$ (+4,8%). Aufgeteilt nach Sektoren entfielen von den genehmigten Investitionsprojekten 1.377 auf den Industriesektor, 5 auf den Landwirtschaftssector, 10 auf den Bausektor, 15 auf den Post- und Telekommunikationssektor, 104 auf Handel, Gastronomie, Warenangebot und -lagerung, 59 auf Immobilien, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen sowie 68 auf sonstige Bereiche.

Mit 1.286 Investitionsprojekten und einem vertraglich vereinbarten Investitionsvolumen von 2,747 Mrd. US\$ war Hongkong auch 1995 der wichtigste Investor. Weiterhin wurden u.a. 100 Investitionsprojekte aus Taiwan (73 Mio. US\$), 71 Projekte aus den USA (170 Mio. US\$) sowie 36 Projekte aus Japan (209 Mio. US\$) verzeichnet. (*Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade 1996/1997*, Beijing, S. 428-431) -schü-

### Wichtige soziale und wirtschaftliche Indikatoren Shenzhens 1994 und 1995

	1994	1995
Bevölkerung (Mio.)	0,940	0,990
-nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung	0,700	0,750
Beschäftigung (Arbeiter/Angest.) (Mio.)	0,820	0,890
Industrieoutput (Mrd. Yuan)	95,2	122,6
Personentransport (Mio. Personen)	84,5	82,6
Frachttransport (Mio. t)	25,5	35,4
Einnahmen der Lokalregierung (Mrd. Y)	7,439	8,802

Quellen: China Statistical Yearbook, Jahrgang 1996 und 1995

\*(22)

### Renminbi-Geschäfte für vier Auslandsbanken

Ende Dezember erhielten die ersten vier ausländischen Banken von der chinesischen Zentralbank die Genehmigung, auf einer Versuchsbasis Geschäfte mit inländischer Währung durchführen zu können. Zu diesen vier Banken zählen die Citibank NA, Bank of Tokyo-Mitsubishi Ltd., die Industrial Bank of Japan Ltd. sowie die Hongkong & Shanghai Banking Corp.

Die Banken dürfen im Renminbi-Einlagen- und Kreditgeschäft aktiv werden, Garantien anbieten, Geschäfte

mit Staatsobligationen sowie andere Wertpapiergeschäfte abwickeln. Allerdings dürfen sie diese Dienstleistungen nur mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen anbieten und sind demnach noch nicht völlig in den Markt integriert. Bisher mußten mit Auslandskapital gegründete Unternehmen auf den inländischen Bankensektor zurückgreifen, um ihren Bedarf an inländischer Währung zu befriedigen.

Das Experiment mit Renminbi-Geschäften ausländischer Banken ist zunächst nur auf die Sonderzone Pudong bei Shanghai beschränkt. Die genannten vier Auslandsbanken müssen auch erst von Puxi, dem alten Bankenviertel, nach Pudong umgezogen sein, bevor sie Transaktionen in Inlandswährung durchführen dürfen; keine der genannten Banken hat dort bisher eine Bankfiliale.

Zu den weiteren Restriktionen für die vier ausgewählten Auslandsbanken zählt, daß das Volumen ihrer Forderungen in Inlandswährung nicht mehr als 35% ihrer Forderungen in Devisengeschäften überschreiten darf.

Die vier Banken wurden aufgrund ihrer Größe und ihres Kreditvergabevolu-

mens unter zehn Auslandsbanken ausgewählt, die sich beworben hatten. Hierzu zählen u.a. die Sanwa Bank, die Credit Lyonnais und die Bank of East Asia sowie die Standard Chartered Bank, die in einer zweiten Runde berücksichtigt werden sollen. Der hohe Anteil der japanischen Banken, die zugelassen wurden, wird im Zusammenhang mit Japans Rolle als Anbieter günstiger Kredite gesehen.

Wie hoch die Steuerbelastung der Banken sein wird, scheint noch nicht klar zu sein. Den vorläufigen chinesischen Angaben der Xinhua Nachrichtenagentur nach sollen diese vier Auslandsbanken angeblich nur 15% Steuern zahlen, ebenso viel wie für ihre Devisenge-

schäfte. Die Steuersätze für chinesische Banken betragen dagegen wesentlich mehr, nämlich 33% für Geschäftsbanken, die die Struktur von Aktiengesellschaften haben, sowie 55% für Staatsbanken.

Nach Einschätzung der Inlandsbanken stellen die vier für Geschäfte mit Inlandswährung zugelassenen Auslandsbanken noch keine ernstzunehmende Konkurrenz dar. So sei ihre Zahl noch sehr gering, ihre Geschäftsaktivitäten beschränkt und ihnen fehle auch ein extensives Netzwerk von Bankniederlassungen, so daß sie kaum wettbewerbsfähig im Vergleich zu den Inlandsbanken sein werden.

Deutsche Banken, die in Shanghai Filialen besitzen, sind die Deutsche Bank, die WestLB, die DG Bank, die Hypo Bank sowie die Bayerische Vereinsbank und die Vereins- und Westbank. (AWSJ, 6.1.97; SCMP, 1.1.97; FT, 24.1.97; SCMP, 13.1.97; FAZ, 15.1.97) -schü-

\*(23)

### Renminbi unter Aufwertungsdruck

Nach Einschätzung der SAFE (State Administration of Foreign Exchange) wird die chinesische Währung 1997 unter starken Aufwertungsdruck stehen, da das Devisenangebot weiterhin die Nachfrage überschreiten wird. Diesem Druck werde die Zentralbank jedoch nur sehr bedingt nachgeben.

Seit der Abwertung des Renminbi gegenüber dem US\$ (von 5,7 Yuan : 1 US\$ auf 8,7 Yuan : 1 US\$) im Jahre 1994 hat die chinesische Währung an Wert gewonnen und weist heute einen Wechselkurs von 8,3 Yuan : 1 US\$ auf. Mit dem weiter starken Zustrom von Auslandskapital und der Erhöhung der Devisenreserven erwartet die SAFE, daß der Aufwertungsdruck steigen wird.

Tao Liming, stellvertretender Direktor des International Finance Research Institute, Bank of China, geht auch für 1997 davon aus, daß die chinesische Regierung ein Schwergewicht auf die Stabilität der Währung legen wird. Die Politik des knappen Geldes werde weiter fortgesetzt, um eine Überhitzung der Investitionen und der Importe zu vermeiden.

Ende 1996 beliefen sich die Devisenreserven auf 105 Mrd.US\$, ein erheblicher Anstieg gegenüber 74,5 Mrd.US\$

im Jahre 1995 und 51,6 Mrd. US\$ im Jahre 1994. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 22.1.97, nach SWB, 24.1.97; *Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade 1996/97*, S. 982)

Auf einer nationalen Konferenz der Provinzdirektoren des SAFE Ende Januar 1997 erklärte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong, daß es keinen genauen Zeitplan für die vollständige Konvertibilität der chinesischen Währung gebe. Allerdings müsse die Wirkung der Konvertibilität bereits im voraus sorgfältig untersucht werden. (XNA, 28.1.97) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(24)

### Weiter hohe Verluste der Staatsunternehmen

Die Staatsunternehmen mußten in den ersten zehn Monaten des Jahres 1996 Verluste in Höhe von 69 Mrd. Yuan hinnehmen. Gegenüber der Vergleichsperiode des Jahres 1995 bedeutete dies einen Anstieg von 45%.

Die hohen Verluste werden auf die wachsende Verschuldung der Unternehmen untereinander zurückgeführt, die durch Knappheiten beim Umlaufkapital verursacht worden sein sollen. Von Januar bis Oktober 1995 erhöhte sich die Verschuldung zwischen den Unternehmen zusätzlich um rd. 100 Mrd. Yuan. (AWSJ, 17/18.1.97; SCMP, 6.1.97)

Andere Angaben zur Verlustsituation der Staatsunternehmen weisen bis Ende November 1996 Verluste in Höhe von 53,14 Mrd. Yuan (+43,6%) aus; Ende September war das Volumen der Verluste noch mit 14,1 Mrd. Yuan angegeben worden. Im Oktober und November verdreifachten sich dann die Verluste. (SCMP, 2.1.97)

Auf seiner Inspektionsreise durch die Provinz Fujian im Dezember 1996 verteidigte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die bisherigen Fortschritte bei der Umgestaltung der Staatsunternehmen. Das weiterhin schlechte Abschneiden der Unternehmen führte Zhu Rongji auch auf den Anstieg der Preise für Rohmaterialien

zurück sowie auf die Einführung eines neuen Buchhaltungssystems, das eine höhere Abschreibungsrate vorsieht, auf steigende Wohlfahrtsausgaben für die Beschäftigten und wachsenden Konkurrenzdruck durch ausländische Unternehmen. Insgesamt sei die Richtung der Umgestaltung der Staatsunternehmen jedoch richtig. Hinsichtlich der Experimente mit Konkursen für Staatsunternehmen wies Zhu Rongji darauf hin, daß die Unterbringung entlassener Arbeitskräfte höchste Priorität habe. Generell befürworte die Regierung allerdings eher Fusionen von Unternehmen als Konkurse. (SCMP, 5.12.96)

Die Verluste der Staatsbetriebe belasten vor allem auch den Bankensektor. Nach Schätzungen von Chen Xidong vom Wertpapierhaus Crosby, Beijing, entfielen auf die Staatsbetriebe 60 bis 70% der gesamten Bankkredite, von denen rd. 30% als faule Kredite enden würden. (AWSJ, 17./18.1.97)

Zu den Reformschritten bei der Umgestaltung der Staatsunternehmen zählt insbesondere auch die rechtliche Neustrukturierung in Aktiengesellschaften. Anfang Januar wurden drei staatliche Konglomerate in Aktiengesellschaften umgewandelt, um ihnen größere Autonomie bei Managemententscheidungen und vor allem hinsichtlich der Kapitalaufnahme im In- und Ausland zu geben.

Zu den genannten drei Staatsunternehmen, die in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden, zählen die China National Non-ferrous Metals Industry Corp., die China National Petrochemical Corp. und die Chinese General Co. of Aeronautics Industry. Neben größeren Entscheidungsrechten im Management können diese Unternehmen nunmehr ohne langwierige Genehmigungsprozesse staatlicher Stellen Unternehmensobligationen und Aktien emittieren.

Weiterhin können die Unternehmen nunmehr ihre eigenen Niederlassungen selbst verwalten und überwachen und sind dafür verantwortlich, Verluste an staatlichem Eigentum zu vermeiden. Die drei Unternehmen dominieren ihre Branche, übernehmen einerseits Regulierungsfunktionen und sind andererseits Produzenten. Nach Angaben der China Securities News soll der Staatsrat diesen Unternehmen Aufsichtskomitees zugewiesen haben, um das Vermögensmanagement der Unternehmen zu überwachen. (AWSJ, 7.1.97)

Die schwierige wirtschaftliche Lage vieler Staatsbetriebe hat das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft, das zusammen mit der Inflation nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes als Schlüsselfaktoren dazu beigetragen hat, daß der Lebensstandard von rd. 40% der chinesischen Familien sich 1996 verschlechterte. (SCMP, 6.1.97) Bis Mitte 1996 waren nach offiziellen Angaben des Arbeitsministeriums 5,34 Millionen Menschen in den Städten arbeitslos. Darüber hinaus gab es 2,2 Mio. Arbeitskräfte, die nur noch formal als Beschäftigte in Fabriken registriert waren, die bereits ihre Produktion eingestellt hatten. Bei weiteren 20 Mio. städtischen Arbeitskräften wird von einer starken Unterbeschäftigung ausgegangen.

Ohne effektive Maßnahmen, so befürchtete die *China Economic Times*, werde die offizielle Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 auf 7,4% bzw. auf 16 Mio. Menschen gestiegen sein. (SCMP, 4.12.96) In allen größeren Industriestädten wie Tianjin, Shanghai, Shenyang, etc. gab es im letzten Jahr wiederholt Proteste gegen Arbeitslosigkeit. (SCMP, 9.12.96) -schü-

\*(25)

### Gemischte Ergebnisse für die Banken im Jahre 1996

Die chinesischen Banken schlossen 1996 mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen ab. Die Bank of China (BOC) verzeichnete einen Jahresgewinn von 8,2 Mrd. Yuan. Am Ende des letzten Jahres war das Volumen der Einlagen auf 486,4 Mrd. Yuan und der Kredite auf 475 Mrd. Yuan gestiegen. Die Bank verzeichnete außerdem Deviseneinlagen in Höhe von 29,3 Mrd. US\$ und Devisenkredite von 34,1 Mrd. US\$.

Unter harten Wettbewerbsbedingungen auf dem Devisenmarkt soll die BOC ein Volumen von rd. 120 Mrd. US\$ im Import- und Exportgeschäft abgewickelt haben. Die Expansion der BOC ins Ausland ging auch 1996 beschleunigt voran. Die Aktiva der Überseeniederlassungen der BOC beliefen sich auf 130 Mrd. US\$. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 13.1.97, nach SWB, 15.1.97)

Die BOC wird als erste staatliche Bank internationale Buchprüfer für die Revision der Bankniederlassungen zulassen. Dies kündigte der Bankpräsident Wang Xuebing auf der Jahreskonferenz der